année politique suisse

DOKUMENTATION · ANALYSE · DIFFUSION

Sélection d'article sur la politique suisse

processus **Sicherheit im Bundeshaus**

Imprimer

Éditeur

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Contributions de

Bühlmann, Marc

Citations préféré

Bühlmann, Marc 2024. *Sélection d'article sur la politique suisse: Sicherheit im Bundeshaus, 2019 - 2023*. Bern: Année Politique Suisse, Institut de science politique, Université de Berne. www.anneepolitique.swiss, téléchargé le 12.10.2024.

Sommaire

Chronique générale 1
Eléments du système politique 1
Institutions et droits populaires 1
Organisation du Parlement 1

Abréviations

Fedpol	Bundesamt für Polizei
Fedpol	Office fédéral de la police

Chronique générale

Eléments du système politique

Institutions et droits populaires

Organisation du Parlement

ACTE ADMINISTRATIF
DATE: 13.12.2019
MARC BÜHLMANN

Bundeshausbesucherinnen und -besucher bräuchten in der Wintersession 2019 Geduld, berichtete der Tages-Anzeiger Mitte Dezember. Verschärfte Zutrittskontrollen würden dazu führen, dass vor allem Gruppen, die eine Führung durch das Bundeshaus gebucht hätten, «bis zu 90 Minuten in der Kälte anstehen» müssten. Die verschärfte Identitätskontrolle, die Begrenzung der Grösse der Gepäckstücke und das Verbot des Mitbringens von Flüssigkeiten seien aufgrund von Erfahrungen in der Herbstsession eingeführt worden, gaben die Parlamentsdienste bekannt, die sich mit einer Häufung von Reklamationen konfrontiert sahen.
In der Tat hatten zwei Vorfälle das zuvor revidierte Sicherheitsdispositiv im Bundeshaus in Frage gestellt. So hatten es Klimaaktivistinnen und Klimaaktivisten geschafft, während Beratungen im Nationalrat auf der Zuschauertribüne ein grosses Transparent zu enthüllen. Zudem war bekannt geworden, dass ein «wegen Terror-Propaganda verurteilter» Iraker (Aargauer-Zeitung) unter falschem Namen und als angeblicher Journalist an einer Konferenz der SP teilgenommen habe, die diese im September im Bundeshaus organisiert hatte. Die Lockerungen der Massnahmen, mit denen auf systematische Ausweiskontrollen und Gepäckdurchsuchungen verzichtet worden war, seien wohl ursächlich für die beiden Pannen, mutmasste die Sonntags-Zeitung. Eine Ausweiskontrolle hätte den falschen Journalisten wohl entlarvt und eine Gepäckkontrolle, nicht nur in Form eines Metalldetektors, wäre wohl auf die verschiedenen Teile aufmerksam geworden, in die das Transparent zerlegt worden war. Die **Sicherheitsmassnahmen im Bundeshaus** wurden in der Folge auch auf Anraten der Bundespolizei (Fedpol) wieder verstärkt. [1]

DÉBAT PUBLIC
DATE: 07.01.2021
MARC BÜHLMANN

Im Rahmen der Berichterstattung zum Sturm aufs Kapitol in den Vereinigten Staaten, bei dem Anfang 2021 Anhängerinnen und Anhänger des damals noch amtierenden Präsidenten Donald Trump das Kongressgebäude angriffen, fragten sich einige Medien, wie sicher denn das Bundeshaus sei und wie ein solcher Angriff in der Schweiz abgewehrt würde. Auch in der Schweiz gebe es gewaltbereite Gruppen und Einzeltäterinnen und -täter, zitierte der Blick Expertinnen und Experten und erinnerte an das Attentat am 27. September 2001 im Zuger Parlamentsgebäude. Die **Sicherheitsmassnahmen im Bundeshaus** seien seit damals laufend verstärkt worden, gab eine Sprecherin des für die Sicherheit verantwortlichen Fedpol zu Protokoll. Man stehe auch mit den Sicherheitsbehörden in den USA in Kontakt, um aus den dortigen Ereignissen zu lernen.
Komplex sei der Schutz allerdings deshalb, weil das Fedpol zwar für die Sicherheit innerhalb des Bundeshauses zuständig sei, der Schutz des der Stadt Bern gehörenden Bundesplatzes aber von der Berner Kantonspolizei gewährleistet werden müsse, so die Medien. Die Zusammenarbeit funktioniere aber gut, wusste die Zeitung «Der Bund» zu berichten. In den letzten Jahren hätten bauliche Massnahmen vor dem Bundeshaus für zusätzliche Sicherheit gesorgt: So etwa Vorkehrungen am Boden, um in brenzligen Situationen einen Zaun aufstellen zu können, oder spezielle Poller gegen mögliche Anschläge durch Fahrzeuge beim Nordeingang des Bundeshauses, die aus Rücksichtnahme vor dem architektonischen Bild aus mit Stahlkernen versehenem Tessiner Granit hergestellt worden seien. Auch verschärfte Eingangskontrollen mit Drehtüre, Metalldetektor und Gepäckröntgenanlage seien in den letzten Jahren eingeführt worden.
Die Medien erinnerten allerdings auch daran, dass dieses Sicherheitssystem im Herbst 2019 gleich zweimal nicht funktioniert habe: Ein Klimaaktivist hatte ein Transparent auf die Zuschauertribüne des Nationalratssaals geschmuggelt und einem verurteilten Mann war es als Journalist getarnt gelungen, an einer SP-Sitzung teilzunehmen. Es sei nicht einfach, eine Sicherheit und eine offene Demokratie im Sinne von Demonstrationsrecht und dem Recht, die Debatten in National- und Ständerat als Besucherin oder Besucher vor Ort zu verfolgen, unter einen Hut zu bringen, so «Der Bund». [2]

Nach dem Sturm auf das Capitol in den Vereinigten Staaten im Januar 2021 provozierte auch der Angriff auf das Regierungsgebäude in Brasilia im Frühjahr 2023 mediale Überlegungen zu den **Sicherheitsmassnahmen für das Bundeshaus**. Diese seien «ständiges Traktandum» der Verwaltungsdelegation, gab Eric Nussbaumer (sp, BL), Mitglied dieser Kommission, der NZZ zu Protokoll. Man wolle – trotz zunehmender Drohungen – ein «offene[s] Haus bleiben und keine Festung werden». Allerdings würden laufend neue Sicherheitsvorkehrungen getroffen. So seien etwa kürzlich die Scheiben im Eingangsbereich und die vom Bundesplatz aus sichtbaren hohen Fenster des Ständeratssaals gehärtet worden. Bewährt hätten sich im September 2021 bei Demonstrationen von Covid-Gegnerinnen und Gegnern die Einrichtungen für einen mobilen Sicherheitszaun. Zudem sei angedacht, dass Sicherheitsbeamte auch ausserhalb der Sessionszeiten Tag und Nacht «das politische Zentrum des Landes» mit ihrer Präsenz beschützten, so die NZZ.

Am 14. Februar 2023 kam es dann in der Tat zu einem Ernstfall. Ein sich auffällig verhaltener Mann mit Schutzweste und leerem Waffenholster liess sich zwar gegen 14 Uhr widerstandslos festnehmen, wies aber Spuren von Sprengstoff. Zudem wurde bekannt, dass er auf dem Bundesplatz ein Auto abgestellt hatte. Sofort wurden das Parlamentsgebäude, Teile des Bundeshauses und angrenzende Gebäude evakuiert und der Platz grossräumig abgesperrt. Gegen 19 Uhr konnte jedoch Entwarnung gegeben werden. Der geistig verwirrte Mann wurde in eine Klinik eingewiesen.

In der Folge wurde jedoch in den Medien einige Kritik an der Reaktion der Sicherheitskräfte laut. Die zahlreichen in Kommissionssitzungen anwesenden Parlamentarierinnen und Parlamentarier, aber auch Viola Amherd und Guy Parmelin, waren über den Südausgang evakuiert worden, weil die Ausgänge Richtung Bundesplatz aufgrund der Vermutung, dass sich im dort abgestellten Fahrzeug eine Bombe befinden könnte, als nicht sicher erachtet worden waren. Die Evakuation dauerte aufgrund der dort eingerichteten Drehtüren allerdings sehr lange, weil jede Person einzeln durch die Türen geschleust werden musste. Zudem mussten die Evakuierten in der Folge lange Zeit auf der Bundesterrasse hinter dem Bundeshaus verharren, was «sicherheitstechnisch nicht optimal gewesen» sei, wie der Tages-Anzeiger einige Parlamentsmitglieder zitierte. «Jede Landdisco muss sich von Gesetzes wegen schneller evakuieren lassen», enervierte sich etwa Andrea Caroni (fdp, AR) in der NZZ. Kritisiert wurde in den Medien auch, dass zwar im Bundeshaus Ost und West, nicht aber im Parlamentsgebäude ein Alarm zu hören gewesen war und dass das Fahrzeug anscheinend schon lange Zeit vor dem Polizeieingriff auf dem Bundesplatz parkiert gewesen sei, ohne dass jemand eingegriffen habe. Die «Sicherheitslücken im Bundeshaus», wie die NZZ titelte, zeigten sich auch im Umstand, dass die Ständeratspräsidentin «schlicht vergessen ging»: Brigitte Häberli-Koller (mitte, TG) hatte noch lange nach der Evakuation ahnungslos in ihrem Präsidialbüro weitergearbeitet.

Tags darauf nahm der Sicherheitsbeauftragte der Parlamentsdienste, Andreas Wortmann, Stellung zur Evakuation. Es sei nach eingehender Analyse klar gewesen, dass den Evakuierten auf der Südseite keine Gefahr drohe. Die Evakuation sei zwar nicht sehr geordnet, aber sicher gewesen. Da die Polizei das Gebiet grossräumig abgesperrt habe, hätten auch keine Sicherheitslücken bestanden. Verbessert werden müsse aber die Information der Beteiligten. Dennoch kritisierte der Tages-Anzeiger den Vorfall als «Behördenversagen», da es etwa im Ausland niemals möglich wäre, dass ein verwirrter Mann unbehelligt in ein politisches Zentrum vordringen könne. Die Schweiz verliere ihre «Glaubwürdigkeit» und müsse dafür sorgen, dass «der Anschein von Dilettantismus» vermieden werde.

Die Verwaltungsdelegation gab in der Folge bekannt, neue Notfallpläne mit verschiedenen Szenarien ausarbeiten zu lassen. Insbesondere müssten die Schnittstellenprobleme angegangen werden, die sich ergäben, weil bei einer Evakuierung «sehr viele [Akteurinnen und Akteure] beteiligt und verantwortlich» seien. Als Sofortmassnahme würden alle Alarmhörner auch im Parlamentsgebäude eingeschaltet – darauf war bisher verzichtet worden, um bei einem grossen Andrang von Besuchenden Panik zu vermeiden – und ein SMS-Notfalldienst für Parlamentsmitglieder eingerichtet.

Ende April 2023 begrüsste der Bundesrat in einer Medienmitteilung die Planung von Sicherheitsszenarien und kam der an ihn gerichteten Aufforderung der Verwaltungsdelegation nach, auch die bundesrätlichen Sicherheitsmassnahmen zu koordinieren und sich mit dem Fedpol an den neuen Sicherheitskonzepten zu

beteiligen. [3]

1) AZ, 12.10.19; SoZ, 13.10.19; TA, 13.12.19
2) Medienmitteilung Parlamentsdienste vom 29.6.20; Blick, Bund, 8.1.21
3) Medienmitteilung Bundesrat vom 26.4.23; Medienmitteilung Verwaltungsdelegation vom 28.2.23; NZZ, 10.1.23; TA, 15.2.23; AZ, TA, 16.2.23; AZ, TA, 17.2.23; LT, 18.2.23; TA, 20.2., 28.2.23